Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.

Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

die modernen Kommunikationsmittel haben erheblichen Einfluss auf unser Leben. Und wahrlich nicht nur immer einen positiven. Ein negatives Erlebnis hat sich leider auch auf diese Rundbrief-Ausgabe ausgewirkt, genauer gesagt, es hat die Fertigstellung erheblich verzögert. Da Katrin und ich aktuell durch einen Internetbetrug um mehrere tausend Euro geschädigt wurden, gab es nun neben viel eigenem Nachforschen, wie so was denn geschehen konnte, einen großen Aufwand mit Bank und Polizei.

Natürlich wusste ich um weit verbreitete Internet-Kriminalität. Und als *Lebenshaus*-Verein waren wir schon mehrmals betroffen von kriminellen Abbuchungen. Dabei hatte ich gelernt, dass das Geld zurückerstattet wird, wenn innerhalb von 6 Wochen Widerspruch eingelegt wird. Aber jetzt erfahre ich: was für einen Bankeinzug gilt, gilt leider nicht für eine Überweisung. Ob wir den Schaden ersetzt bekommen werden, ist derzeit noch ziemlich unklar. Wir hoffen es allerdings.

Das Internet bietet viele Vorteile und Freiheiten. Aber es ist ebenso ein Tummelplatz für mancherlei Kriminalität. Und dabei gibt es keine absolute Sicherheit. Eben wie im sonstigen Leben auch nicht.

Dennoch möchte ich dieses Kommunikationsmittel auch zukünftig nicht missen. Außer dass manche Aufgaben am Bildschirm einfacher erledigt werden können, hat sich durch das Internet die Vernetzung ganz stark verändert. Auf Websites, E-Mails, Blogs, Chats, Twitter-Mitteilungen werden Informationen verbreitet, Meinungen und Stimmungen erzeugt. Das Medium Internet trägt ganz wesentlich dazu bei, dass sich Bürgerinnen und Bürger eine eigene Meinung bilden und sich einmischen. Eine neue gesellschaftliche Kommunikationsstruktur ist entstanden mit erheblichen politischen Auswirkungen. So spielt bei den Volkserhebungen in verschiedenen nordafrikanischen Staaten gegen ihre Tyrannen eine erhebliche Rolle, dass die junge Generation mit dem Internet und seiner Technologie groß geworden ist. Und in unserer Gesellschaft lässt sich der Anspruch von Vertretern der repräsentativen Demokratie, dass nämlich Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen ihre Stimme abgeben und sich ansonsten aus dem politischen Geschäft heraushalten, noch schwerer einhalten als zuvor. Die Mobilisierung gegen Stuttgart 21 ist ein Beispiel, dass sich massenhaft Bürgerinnen und Bürger einmischen und Gehör finden wollen. Der große Zuspruch für Aktionen gegen die Fortführung der Atomkraftwerke und gegen den Castor-Transport sind weitere.

Protest macht doch keinen Sinn?

Obwohl ich von dem Sinn überzeugt bin, sich an bestimmten Punkten einzumischen, zu protestieren, fällt mir das nicht immer leicht. Zum Beispiel kürzlich: Da hatte die CDU eine Großveranstaltung mit viel Politprominenz ausgerechnet für unser kleines Alb-Städtchen angesagt. Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner, gleichzeitig Kandidatin der CDU bei der Landtagswahl in unserem Wahlkreis Sigmaringen, hatte Bundeskanzlerin Merkel für einen Auftritt gewonnen. In deren Schlepptau waren Ministerpräsident Mappus und weitere Prominenz angekündigt. Diese Besetzung wäre für eine Großstadt vielleicht nichts Besonderes, aber für Gammertingen war dies natürlich ein riesiges Event. Als wir in einer Vorstandssitzung erstmals davon hörten und die Erwartung aufkam, bei diesem Ereignis müssten wir doch protestieren, war ich spontan zunächst wenig begeistert. Dabei spielte meine unmittelbare Befürchtung mit, dass wir bei einer solchen Protestaktion unter Umständen mit einer Handvoll Menschen dastehen werden, während hunderte oder gar tausende Menschen an uns vorbei strömen. Wir einigten uns darauf, dass wir als *Lebenshaus Schwäbische Alb* keine eigene Aktion organisieren würden, uns aber gerne an andere anschließen. Es war erfreulich und wohltuend zu erleben, dass schließlich eine tolle Aktion entstand (siehe Bericht von Albrecht Esche: „Die Kanzlerin und K 21 in Gammertingen“).



Demonstration gegen Stuttgart21 und für den Erhalt des Kopfbahnhofs. Foto: Philipp Rosenhagen.

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Mitgliederversammlung**
- **Gewalt hat viele Gesichter**
- **Gammertingen: Kanzlerin und K21**
- **Rede Walter Mossmann**
- **System aus den Fugen**
- **Krippendorff: Verbrechen Schlichtung**

68
März 2011
18. Jahrgang



Demonstranten empfangen die Besucher bei der Veranstaltung mit Bundeskanzlerin Merkel in Gammertingen. Foto: Michael Schmid.

Abends rief eine Freundin an, die an dieser Aktion ebenfalls mitgemacht und diese als gelungen befunden hatte. Allerdings hatte sie ein frustrierendes Gespräch mit einer Bekannten, die den Vorwurf in den Raum stellte, wir würden mit solchen Aktionen nur unser altes Ego als 68er pflegen. Und überhaupt, was so eine Protestaktion denn schon bewirke. Was sagt man so jemandem?

Was mich betrifft, war ich 1968 als Siebzehnjähriger noch weit weg vom Protestgeschehen der damaligen APO, habe nicht begriffen, um was es dabei ging. Als ich dann einige Jahre später „politisch aufgewacht" bin, habe ich verstanden, dass mit dem Protest der 68er-Bewegung begonnen hatte, was in den 1970er Jahren seine Fortsetzung in etwas fand, an dem ich dann glücklicherweise beteiligt war. Ich spreche hier von einem Aufbruch, an dem sich viele Menschen beteiligt haben und bis heute beteiligen. Ein Aufbruch, der sich in einer beträchtlichen Zahl neuer sozialer Bewegungen festmachen lässt, z.B. an der Ökologie-, Anti-Atomkraft-, Frauen-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung, um nur einige zu nennen.

Bundesrepublik erfolgreiche „Bewegungsgesellschaft"

Die Bundesrepublik gilt mit einigem Recht als „Bewegungsgesellschaft". Neben der Mitgliedschaft in Parteien, Vereinen und Verbänden hat sich bürgerschaftliches Engagement in der Beteiligung an sozialen Bewegungen, politischen Kampagnen und Protestgruppen einen festen Platz erobern können. Aus meiner Sicht ist das ein großer Gewinn, ein Garant für eine lebendige Demokratie. Und dass wir das erreicht haben, das ist etwas, auf das ich ein wenig stolz bin.

Selbstverständlich dürfen wir uns nicht einbilden, mit einer einzelnen Aktion allzu viel bewirken zu können. Doch die ausdauernde Kleinarbeit macht Sinn. Sie ist die Basis, auf der soziale Bewegungen entstehen und agieren können. Und dann kann es vorkommen, dass in besonderen historischen Situationen soziale Bewegungen auch ganz Großes bewirken können. Spontan fällt mir hierzu die Verhinderung des AKW Wyhl in den 70er Jahren ein (siehe hierzu Walter Mossmann „In der Mitte angekommen"), der Abbau atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, der Mauerfall in der DDR. Alles Erfolge von langwieriger Kleinarbeit, die schließlich einmündete in einen breiten Strom gewaltloser Kraft.

Mir fällt auch die Aktion „Kauf keine Früchte der Apartheid" ein. „Was, mit einem Boykott der Apartheid-Früchte wollt ihr das hochgerüstete Apartheid-Regime stürzen? Das ist doch lächerlich!" Wenn ich zurückdenke, höre ich noch heute über 30 Jahre später solche Stimmen in mir nachklingen. Doch diese scheinbar lächerliche Aktion war ein wichtiger Baustein, der gemeinsam mit anderen Aktionen zum Sturz des Apartheid-Regimes beigetragen hat.

Um ein letztes erfolgreiches Beispiel anzuführen: Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht in diesem Jahr. Damit wird nach 56 Jahren der Zwang zum Kriegsdienst aufgehoben. „Auch wenn Guttenberg aus Finanzgründen auf die Zwangsverpflichtungen verzichtet", schreibt unser Mitglied Stefan Philipp in der Zeitschrift *ZivilCourage*, „durchsetzen hätte er diesen Freiheitsgewinn gegen die reaktionären und stockkonservativen Teile in der Union nicht, wenn die Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten und Antimilitaristen nicht in jahrzehntelanger Arbeit die gesellschaftliche Grundlage dafür gelegt und die Mehrheitsmeinung so geprägt hätten. Das ist unser Erfolg. Und er zeigt, dass Veränderung langen Atem braucht."

Die Sache mit dem Erfolg

Welchen Sinn hat dieser Protest oder jene Aktion? Was wollt ihr damit schon erreichen? Und wen? Bildet ihr euch im Ernst ein, dass das Erfolg haben kann? Das ist genau jener Typus von Fragen, welche die Parteilichkeit für das Leben verunsichern. Hinter diesen Fragen lauert der Zynismus. Und Folge der wahrgenommenen oder tatsächlichen Erfolglosigkeit kann dann Frustration und Entmutigung sein.

Um sich gegen die eigene Apathie und das erdrückende Gefühl der Ohnmacht zu wehren, kommt es auch darauf an, wie wir zur Frage des Erfolgs stehen. Persönlich habe ich da unter anderem sehr viel von der Theologin Dorothee Sölle gelernt.

„… das letzte Kriterium der Beteiligung an widerständigem, an solidarischem Verhalten kann nicht der Erfolg sein", hat Dorothee Sölle in ihrem großartigen Buch „Mystik und Widerstand" geschrieben, „das hieße immer noch nach der Melodie der Herren dieser Welt zu tanzen." Sie berichtet von ihren eigenen großen Zweifeln über den Sinn ihres Tuns, die sie zum Beispiel 1976 nach einer symbolischen gewaltfreien Aktion vor dem Pentagon mit einer kleinen Widerstandsgruppe aus der katholischen Linken in den USA überkommen hätten. Damals habe der katholische Priester und Friedensaktivist Daniel Berrigan zu ihr gesagt: „Du kannst den Erfolg nicht zu deiner letzten Kategorie machen. Wenn du nur das tust, was Erfolg verspricht, dann machst du dich selbst kaputt. Wenn für dich das Entscheidende in deinem Handeln das Erfolghaben ist, dann zerstörst du deinen eigenen Anspruch auf Wahrheit, dann zerstörst du den Menschen, der du eigentlich bist."

Erfolg nicht zur obersten und einzigen Kategorie bei unserem Handeln zu machen, ist also eine Haltung, um uns vor Resignation und Zynismus zu schützen. Ein Mittel, um den langen Atem für ein notwendiges Engagement behalten zu können. Ein Engagement, das meist eher unspektakulär verläuft.

Dennoch ist es dann „erlaubt", sich auch an Aktionen zu beteiligen, die Erfolg versprechen. Die Großaktionen gegen die Atomkraft und für erneuerbare Energien sind wichtiger Bestandteil im Einsatz für eine wirkliche Energiewende. Auf diesem Weg sind schon beträchtliche Teilerfolge zu verzeichnen. Die Massendemonstrationen gegen Stuttgart 21 beinhalten zumindest die Chance, dieses Wahnsinnsprojekt noch zu stoppen. Und natürlich macht es auch Spaß und baut auf, an einer Demonstration in der Landeshauptstadt mit 50.000 Menschen für den Erhalt des Kopfbahnhofs teilzunehmen. Solcherart gestärkt ist es dann für mich auch wieder einfacher, in Gammertingen eine Mahnwache mit nur fünf Menschen zu machen.

Immer wieder für eine Sache einzustehen, die einem wichtig ist, ohne dabei nur auf die breite Anerkennung in unserem unmittelbaren Umfeld, auf den Erfolg zu schielen – diesen Anspruch haben wir auch mit dem *Lebenshaus* auf der Schwäbischen Alb. Andernfalls hätten wir längst unser Engagement in einem überwiegend sehr konservativ geprägten Umfeld aufgeben müssen.

Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass wir eine gehörige Portion Ermutigung aus der Anerkennung ziehen, die wir von anderen Menschen bekommen. Also von unseren Mitgliedern, Unterstützerinnen und Unterstützern aus nah und fern. Dafür sind wir sehr dankbar. Deshalb bedanke ich mich bei allen Menschen, die sich mit uns auf diesem Weg befinden und die es nicht zuletzt durch ihre finanzielle Unterstützung möglich machen, diesen zu gehen.

Ich wünsche ein schönes Frühjahr mit frischem Schwung für notwendige Aktivitäten.

Mit herzlichen Grüßen

Euer / Ihr



Michael Schmid

Um die Kosten, die durch unsere fortlaufende Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie entstehen, decken zu können, sind wir auf Ihre und Eure Unterstützung und Spenden, Fördermitgliedschaften und (zinslose) Darlehen angewiesen. Herzlichen Dank!

Terminübersicht

12. März 2011 – 12:30 Uhr: Menschenkette zwischen dem AKW Neckarwestheim und der Landeshauptstadt Stuttgart: „Den Atomausstieg in die Hand nehmen". Ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen unterstützt diese Aktion, darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb*. www.anti-atom-kette.de.

19. März 2011 – 14:00 Uhr: Schlossplatz in Stuttgart: Großdemonstration gegen Stuttgart 21. www.kopfbahnhof-21.de

8.-10. April 2011 – Öffentlicher internationaler IPPNW-Kongress in Berlin: „25 Jahre nach Tschernobyl. Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt!" www.tschernobylkongress.de

23. April 2011 – 12.00 Uhr: Landesweiter Ostermarsch in Stuttgart. Der diesjährige Marsch steht unter dem von unserem *Lebenshaus*-Mitglied Ulli Thiel im Jahr 1978 geprägten Motto: „Frieden schaffen ohne Waffen – Jetzt!" Auftaktkundgebung ist um 12.00 Uhr am Deserteurdenkmal beim Theaterhaus. Die Schlusskundgebung findet um 13.30 Uhr auf dem Schlossplatz statt. Veranstalter ist das *Friedensnetz Baden-Württemberg. Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* unterstützt den Ostermarsch.

26. April 2011 – 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Es finden zahlreiche Veranstaltungen um diesen Jahrestag herum statt

7. Mai 2011 – 10.00 Uhr: Mitgliederversammlung *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*

22. Mai 2011 - 9.30-16.00 Uhr: Großdemonstration „Menschenstrom gegen Atom" in Olten (Schweiz). *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört zu den Mitträgern. www.menschenstrom.ch

Einladung zur Mitgliederversammlung

am Samstag, 7. Mai 2011 im Lebenshaus in Gammertingen

Beginn: 10 Uhr – Ende: ca. 12.30 Uhr

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des *Lebenshauses*,

wir möchten Sie / Euch ganz herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung einladen. Im Mittelpunkt werden dabei Berichte und die Aussprache über die Arbeit im vergangenen Jahr stehen. Großer Schwerpunkt der Vorstandsarbeit war 2010 der offene Brief gegen die Bundeswehr-Patenschaft der Stadt Gammertingen, der ja einiges Aufsehen erregt hat. Mittlerweile ist diese Aktion zwar abgeschlossen, aber in einer Auswertungsrunde wurde nochmals deutlich, welch große Bedeutung das Thema Militarisierung gerade in der Region Gammertingen hat und wie wichtig es ist, am Thema dran zu bleiben. Es gilt nun zu überlegen, wie wir es weiter bearbeiten, mit welchen Aktionsformen und Zielen und ebenso, wie weitere Mitstreiter dafür gefunden und einbezogen werden können.

Das Hauptthema für die Versammlung ist jedoch die bereits in der letzten Mitgliederversammlung 2010 angesprochene Organisation einer zumindest teilzeitlichen hauptamtlichen Friedensarbeit im *Lebenshaus*, mit der die bisherige Qualität und der große zeitliche Aufwand für die Arbeit des Vereins gesichert und ausgebaut werden sollen. Der Vorstand wird seine konzeptionellen Überlegungen hierzu – wie von der letzten MV beschlossen - vorstellen.

In engem Zusammenhang damit stehen auch Fragen danach, wie die Kernwohngruppe im *Lebenshaus* vergrößert werden könnte, wie viele Gäste begleitet werden können und welchen Stellenwert die Begleitung von Gästen im Verhältnis zu anderen Aufgaben haben soll. Der Vorstand möchte dazu über die aktuelle Situation und über den Stand der Diskussion berichten.

Turnusgemäß steht außerdem die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Im Anschluss an die MV besteht die Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen (bitte hierfür unbedingt bis spätestens 5. Mai. anmelden!). Ende des Treffens ca. 14 Uhr.

Über Ihre / Eure Teilnahme würden wir uns sehr freuen.

Herzliche Grüße





14.02.2011 Axel Pfaff-Schneider (Vorsitzender) Michael Schmid (Geschäftsführer)

Programm

10.00 Uhr **Mitgliederversammlung**

1. Begrüßung / Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstands
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Aussprache zu den Berichten
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von Vorstand und Kassenprüfung
7. Schwerpunktthema: Konzeptionelle Überlegungen für eine Finanzierung hauptamtlicher Arbeit im *Lebenshaus*
8. Verschiedenes: Wünsche, Anregungen, Mitteilungen / Ende der MV

PS: Laut Satzung haben Mitglieder bei der MV Rede-, Antrags- und Stimmrecht, Fördermitglieder haben Rederecht

ca. 12.45 Uhr **Mittagessen**

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Änderungen von Anschrift oder Bankverbindung

Bei einem Umzug bitten wir, uns rechtzeitig die neue Anschrift mitzuteilen. Die Deutsche Post AG sendet den Rundbrief nicht nach, sondern wirft ihn weg. Uns entstehen zusätzlich Kosten und Arbeit. Und wenn wir keine neue Adresse bekommen, müssen wir Sie/Dich ganz aus dem Verteiler streichen.

Soweit unserem Verein eine Einzugsermächtigung erteilt wurde und sich Bankverbindung oder Kontonummer ändern, dann bitten wir ebenfalls um frühzeitige Mitteilung. Nicht durchführbare Einzüge werden uns von der Bank mit 5,50 € berechnet! Geld, das für wichtigere Zwecke verwendet werden könnte.

Mitmachen und Zukunft wählen: Erneuerbare statt Atom!

Am 27. März ist in Baden-Württemberg Landtagswahl – und noch nie war die Chance für einen Wechsel so groß wie dieses Mal. Es ist Zeit, die Zukunft zu wählen. Wir brauchen eine Landesregierung, die sich konsequent für eine umfassende Modernisierung unserer Energieversorgung einsetzt, statt alte und überkommene Strukturen zu konservieren.

„Erneuerbare Energien? Find' ich gut!" wird wahrscheinlich jeder Landtagskandidat beteuern – wer aber gleichzeitig die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängert, fördert die Modernisierung unserer Energiewirtschaft nicht, sondern behindert sie. Atomkraft ist keine Brücke, sondern eine Sackgasse.

Unter dem Dach der Klima-Allianz hat ein breites, überparteiliches Bündnis aus Verbänden, kirchlichen Gruppen, Unternehmen und Einzelpersonen die Kampagne „Wir wählen Zukunft: Erneuerbare statt Atom!" gestartet. *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört diesem Bündnis an. Ziel ist es, alle Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger aufzurufen, nur einen der Kandidatinnen oder Kandidaten zu wählen, die sich gegen Atomkraft und für die Förderung erneuerbarer Energien aussprechen.

Im Rahmen der Kampagne wurden alle Landtagskandidatinnen und Kandidaten gefragt, ob sie den Aufruf des Bündnisses unterstützen. Das Ergebnis ist ebenso wie interessante Veranstaltungshinweise, wichtige Argumente und Infos über den aktuellen Stand der Kampagne zu finden unter: www.erneuerbare-statt-atom.de

Koordinationsbüro „Wir wählen Zukunft: Erneuerbare statt Atom!" 0711 / 99 33 86 26, info@erneuerbare-statt-atom.de, www.erneuerbare-statt-atom.de



Menschenstrom gegen Atom

Am 22. Mai 2011 wird in der Schweiz wieder eine Großdemonstration „Menschenstrom" für eine Energiewende und gegen den Neubau von Atomkraftwerken in unserem südlichen Nachbarland stattfinden. Wie im Vorjahr zeigt *Lebenshaus Schwäbische Alb* wieder Solidarität und tritt als Mitträger auf.

Axpo, Alpiq und die BKW wollen zwei neue AKW in der Schweiz bauen und damit die erneuerbaren Energien wieder hintenanstellen. Die nationale Abstimmung 2013 rückt näher, die Stromkonzerne investieren viel Geld ins Lobbying im Bundeshaus und in die Werbung. Die Gegner haben nicht so viel Geld wie die profitorientierte Atomlobby – dafür sind sie mehr Menschen. Mit einem breiten, bunten Widerstand aus der Bevölkerung soll den Investoren und Stromkonzernen gezeigt werden: Die Menschen wollen keine neue AKW - Nicht hier und auch nicht anderswo. Atomstrom ist dreckig, teuer, gefährlich und kein „Klimaretter". Die erneuerbaren Energien sind auf dem Vormarsch - Wirtschaft und Politik werden dazu aufgefordert, den Fokus auf Erneuerbar und Energieeffizienz zu richten. Es ist höchste Zeit die Weichen zu stellen!

Infos und Newsletter unter www.menschenstrom.ch

„Lebenshaus“ beim Kilometerspiel

Obwohl unsere Gruppe inzwischen auf 9 Läuferinnen und Läufer angewachsen ist, sind wir aktuell auf einen Rang über 100 in der 6. Liga abgerutscht. Die Rede ist vom Kilometerspiel und von der Gruppe „*Lebenshaus*“. Das mit der Platzierung ist natürlich nicht so wichtig. Denn es handelt sich lediglich um ein Spiel. Dieses Spiel soll allerdings Anreiz bieten, sich zu bewegen. Besser gesagt, zu laufen. Aber warum sollte man laufen? Ganz einfach, weil sich damit das eigene Wohlbefinden maßgeblich verbessern lässt. Und dies selbst im bereits fortgeschrittenen Alter.

Laufen ist für Anfänger am einfachsten, kennt keine Geschlechts- oder Altersbarrieren, ist relativ billig. Und man kann direkt vor der eigenen Haustür damit beginnen. Zudem funktioniert es da, wo es am nötigsten ist. Es trägt nämlich dazu bei, dass das Herz, die Lungen und das Kreislaufsystem gesund bleiben. Und die Psyche. Die ersten Schritte, die einen von der eigenen Haustüre wegführen, können bereits in eine bessere Welt führen.

Eine Motivationshilfe könnte die Teilnahme am Kilometerspiel im Internet sein. Beim Laufspiel werden die gelaufenen Kilometer gesammelt. Besser gesagt, sie werden in eine entsprechende Internetseite eingetragen. Und so wird mit jedem Kilometer dazu beigetragen, dass die eigene Gruppe in einer Weltkarte virtuell vorwärts gebracht wird. Aktuell befindet sich die Gruppe „*Lebenshaus*“ z.B. mit seit Saisonbeginn zurückgelegten 1221 km unmittelbar vor Glasgow, Schottland.

Die Gruppe „*Lebenshaus*“ ist gedacht für alle laufenden Menschen, denen Gerechtigkeit, Frieden und eine intakte Umwelt wichtig sind. Und wir freuen uns über weitere Menschen, die mitmachen. Der Zeitaufwand für das Eintragen ist äußerst gering!

Mehr zum Kilometerspiel findet sich unter:
www.kmspiel.de/2011/
Rückfragen an Michael Schmid (michael.schmid@lebenshaus-alb.de)

Gewalt hat viele Gesichter

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Auf unserer viel beachteten Internet-Seite gibt es seit Jahren unter der Rubrik „Buchbesprechungen“ einen Artikel von Michael Schmid zu lesen, der im Laufe der Zeit immer wieder von Betroffenen aufgegriffen wird. Es handelt sich dabei um eine Besprechung des Buches „Die Masken der Niedertracht: seelische Gewalt im Alltag und wie man sich dagegen wehren kann” der französische Psychoanalytikerin Marie-France Hirigoyen. Die Autorin hat hilfreiche, klare Worte gefunden, die das Leiden vieler Menschen gut beschreiben. Wir bekommen immer wieder Zuschriften, in denen beklagt wird, dass diese Art der emotionalen Gewalt zu wenig bekannt und anerkannt ist. Die Betroffenen meinen, sie würden mit ihren Erfahrungen nicht ernst genommen, selbst von Fachkräften nicht, die sie aufsuchen. In den Beschreibungen fällt mir auf, dass ein dringendes Bedürfnis danach besteht, dass ihnen ihre Leiden geglaubt werden sollen. Außerdem führt die soziale Isolation, die meistens durch den Täter forciert wird, zu einem entscheidenden Baustein für die umfassende Hilflosigkeit, in sie sich gefangen fühlen. Emotionale oder perverse Gewalt, die Menschen mit einem ausgeprägten narzisstischen Selbstbild gegen ihre PartnerIn, Kinder oder Freunde ausüben, greift immer mehr um sich. Als Ursachen werden z.B. frühe Bindungsstörungen und das übermächtige Gefühl von Neid auf das, was andere sind oder haben, ausgemacht.



Katrin Warnatzsch in Aktion. Auf dem Bild gemeinsam mit dem Liedermacher Thomas Felder beim Protest anlässlich des Besuchs der Kanzlerin in Gammertingen.
Foto: Michael Schmid.

Beispiele, wie die Anwendung von emotionaler Gewalt funktioniert: Sich der Kommunikation entziehen. Widersprechen. Entwerten. Sogenannte Scherze. Abblocken und Ablehnen. Beschuldigungen und Vorwürfe. Verurteilen und Kritisieren. Trivialisieren. Untergraben. Drohen. Beschimpfungen. Vergessen. Befehlen. Leugnen. Misshandelnder Ärger. Die Partnerin/der Partner werden in einer Weise missachtet, erniedrigt und gedemütigt, dass ihre Selbstachtung schwindet, häufig

ohne dass sie/er es merkt und immer mehr an Selbstvertrauen verliert, ebenfalls ohne es zu merken. Bewusst oder unbewusst versucht man, sein Verhalten zu ändern, um der misshandelnden Person keinen Anlass zum Ärger mehr zu geben, damit man nicht mehr verletzt wird. Somit wird man heimlich einer Art Gehirnwäsche unterzogen. Dies alles ist ein fortgesetzter Prozess, der durch seine ständig Wiederholung und Verschärfung das Zugrunderichten der „Zielperson" verfolgt.

Unser Zusammenleben mit anderen am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und oft auch im Privaten, ist geprägt vom Funktionieren müssen, Leistungsdruck, Zeitdruck sowie von vielerlei Bedrohungen, sollten wir ausscheren. Es bleibt kaum Raum, auf die oder den anderen neben mir wirklich zu achten. So können z.B. von emotionaler Gewalt betroffene Menschen, die zutiefst niedergeschlagen sind, einfach verschwinden, sich ausklinken oder angeblich überflüssig werden. Wäre es eine Möglichkeit, den Blick für andere zu schärfen, indem wir an verschiedenen Stellen unseres Alltags eine Entschleunigung einbauen? Wie wäre es, wenn wir anfingen, regelmäßig an einem Tag in der Woche wieder Freunde zu treffen, mit ArbeitskollegInnen außerhalb des Betriebs einem Hobby nachzugehen, beim Telefonieren wirklich hin zu hören? Und mal wieder einen Brief zu schreiben, in dem man von sich selbst etwas erzählt und den anderen zur Antwort einlädt? Diese „alten" Umgangs- und Kommunikationsformen, die in der digitalen Welt so leicht verschluckt werden, haben uns doch immer schon mehr Tiefe und Sinn verschafft. Wir können sie einsetzen als ganz wirksames Verhütungsmittel gegen die schleichende Isolation von Menschen, die sonst vergessen werden.

Aber ebenso muss unsere kritische Aufmerksamkeit auf die oft als faszinierend beschriebenen Menschen gerichtet werden, die eine/einen anderen mit kaum durchschaubaren Strategien und einer unangemessenen Kommunikation unterdrücken und terrorisieren. Wie könnten wir das bemerken? Lassen wir es doch zu, dass wir uns die Auswirkungen von Sprache oder verweigerter Kommunikation einmal selbst vorstellen. Wie würden wir uns an Stelle der Kollegin, der Mutter oder des Freundes fühlen? Unsere Empfindsamkeit, wie Sprache und Gestik eingesetzt werden, muss wieder geschärft werden. Und dazu muss der Mut kommen, einzugreifen. Das beinhaltet das mitfühlende Nachfragen bei den Betroffenen und der Solidarisierung. Und es ist notwendig, dass unangemessene Kommunikation, die die Menschenwürde missachtet, sofort aufgedeckt und entsprechend bewertet wird. Es ist notwendig, parteiisch zu werden für die Unterdrückten. Es ist ein Menschenrecht, über sich selbst zu bestimmen. Man kann es einklagen. Dazu benötigt wohl jeder Mensch wenigstens einen anderen, der ihn unterstützt.

Überlebenskünstler

Im Januar lernten wir eine Frau kennen, die auf weitem Umweg zu uns gefunden hatte. Mit schwerem seelischem Gepäck und andererseits nur wenigen Kleidern auf dem Leib kam sie mitten im tiefsten und kältesten Winter bei uns an. Sie konnte sich wärmen, ausruhen, essen. Doch die eigene Last war erdrückend und verhinderte es, dass sie den Alltag in den Blick nehmen und für sich sorgen konnte. Wir waren schließlich nur eine Station auf ihrem Weg, auf den ihre Suche sie wieder trieb. Unsere Angebote, sich in den realen Alltag einzufinden, konnte sie nicht annehmen. Die effektive Zusammenarbeit mit der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes half dabei, ein klares Angebot an die Frau zu machen und ihre eigenen Entscheidungen dazu zu respektieren.

Das *Lebenshaus* bietet eine Chance für Menschen, die entschlossen sind, den Raum und die Ruhe, die sie hier bekommen, für sich und ihre Entwicklung zu nutzen. Dazu müssen sie ein gewisses Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung mitbringen. Ein Dach über dem Kopf, einen eigenen Raum als Rückzugsort, Ansprechpartner und verabredete Gespräche. Die Versorgung mit dem täglich Notwendigen muss selbst in die Hand genommen werden, während die dafür benötigten Einrichtungsgegenstände zur Verfügung stehen. Bleibt der Blick nur auf den eigenen Schmerz gerichtet und kann der Mensch seine Grundbedürfnisse gar nicht mehr wahrnehmen, dann kann das *Lebenshaus* nichts ausrichten. In diesem Fall wäre eine Vollversorgung in einer stationären Einrichtung passender, oder aber, man begibt sich wieder auf die Straße, wo man seine Überlebenskunst anwenden kann.

Hilferufe per Telefon erreichen uns manchmal auch von Menschen, die schon lange mit unserem Verein in Verbindung stehen. Gerne überlegen wir gemeinsam, was hilfreich sein könnte. Es gibt Situationen, die sich schon alleine wegen unüberwindbar erscheinender räumlicher Entfernung nur im Telefonkontakt oder über E-Mail bearbeiten lassen. Allerdings wird es schwierig, wenn Hilfe vor Ort nötig erscheint. Auch da bietet das Internet immerhin die Möglichkeit, die örtlichen Stellen ausfindig zu machen und um Unterstützung zu bitten. Ist die Situation dann vorläufig scheinbar entspannt, kann es sein, dass der Kontakt erst einmal abbricht. Nicht so die Gedanken, die wir uns machen, das Mitgefühl und manchmal auch die Sorge.

Mary`s House in Birmingham, Alabama

„Magnificat" heißt der Rundbrief von Shelley Douglas. Wir erhalten ihn seit 10 Jahren, nachdem wir Shelley, die ein Haus der *Catholic Worker* nach dem Vorbild von Dorothy Day in Birmingham/Alabama, leitet, auf einer Reise kennengelernt hatten. In großer Bescheidenheit beschreibt sie die Bedeutung von *Mary`s House* in einer Gesellschaft, in der es noch immer große Benachteiligungen für Farbige und Menschen ohne Arbeit gibt. Ein Haus offen zu halten, in dem Menschen ein Obdach



finden, die keines mehr haben, oder die ihre erkrankten Familienangehörigen für längere Zeit in einem Krankenhaus in der Nähe haben und sie besuchen wollen, das ist der Anspruch. Alle, die kommen, sind willkommen, solange es Platz gibt. Sie müssen miteinander teilen und auskommen. Wir fühlen uns Shelley sehr verbunden. Sie protestiert auch gemeinsam mit ihrem Mann Jim und einer kleinen Gruppe von *pax christi* seit vielen Jahren regelmäßig z.B. gegen die Todesstrafe in ihrem Land.

In „Magnificat" wird neben aktuellen Berichten und Hintergrundartikeln in einer langen Liste aufgezählt, was in *Mary´s House* gebraucht wird: Geld für Fahrtkosten, Hilfe bei der Gartenarbeit und bei den regelmäßigen Putz- und Instandhaltungsaktionen, haltbare Lebensmittel, Hygieneartikel, Spenden von befreundeten Kirchengemeinden, usw. Das alles ist vergleichbar mit den Bedürfnissen der meisten Menschen, die sich auch um unser *Lebenshaus* herum bewegen.

Aber vor allem steht immer an erster Stelle von Shelleys Liste:

We always need your prayers for ourselves and for our guests and friends.

Und am Schluss:

The work we do here depends entirely on your generosity, so we are very thankful to all who help us keep going.

Das möchte auch ich zum Abschluss sagen: Am Nötigsten haben wir das Mitfühlen, die Gebete, die Solidarität und die Freundlichkeit unserer Mitmenschen. Denken Sie an uns, an unsere Gäste und an unsere Freunde.

Diese Arbeit weiter tun zu können, ist Ihr und Euer Verdienst und gründet sich auf Eure Großzügigkeit. Dafür sind wir dankbar, weil es uns hilft, weiterzumachen.

Die Kanzlerin und K 21 in Gammertingen

Von Albrecht Esche

Ein Hilferuf kam vor acht Tagen aus Gammertingen nach Mössingen und bat dringend um Unterstützung. Denn dort war für Montag, 14. Februar, die große CDU-Wahlparty mit Merkel, Mappus und Gönner geplant. „Halb Gammertingen steht Kopf", titelte eine Zeitung. Für Albrecht Esche, den Sprecher des *Aktionsbündnisses Steinlachtal für K 21*, war sofort klar, dass droben auf der Alb Flagge gezeigt werden musste.



So wurde eine gemeinsame Aktion geplant, an der neben den Gammertingern auch Reutlinger und Tübinger Aktivisten beteiligt waren. Die Genehmigung, mit einem sieben Meter langen Pappzug und dem Verteilen von Flugblättern vor dem Veranstaltungsort agieren zu dürfen, wurde vom Landratsamt Sigmaringen erteilt. Alle darauf folgenden Kontakte mit den Polizeidienststellen verliefen so entgegenkommend, dass die schrecklichen Bilder vom 30.9.2010, dem „schwarzen Donnerstag" in Stuttgart, darüber fast verblassten. So durften sich das Dutzend Steinlachtäler, verstärkt durch die anderen Gruppen, sogar innerhalb des Geländes der Firma Göggel positionieren, ihren Zug aufstellen und Flugblätter verteilen. Die Atmosphäre war entspannt und von freundlicher Kooperation begleitet. Auffallend war, dass die Junge Union den K 21-Befürwortern nicht das Feld überlassen wollte, sondern selbst durch über 30 Jugendliche in orangefarbenen Westen ihre S 21-Propaganda verteilen ließen. Auf Nachfrage bestätigten die jungen Wahlkämpfer, dass sie erst vor wenigen Tagen zu dieser Aktion aufgerufen wurden. Da war aber unser geplanter Auftritt schon bekannt.

Innerhalb einer Stunde wuchs unsere Demonstrationsgruppe auf an die hundert Personen an, die sich aus der ganzen Albregion eingefunden hatten. Denn am Wochenende vor der Wahlveranstaltung berichteten die örtlichen Zeitungen über die zu erwarteten Proteste. Dies motivierte dann wohl weitere K 21-Mitstreiter, an unserer Aktion teilzunehmen. Mit „Oben-Bleiben"-Rufen wurden dann die Bundeskanzlerin und der derzeitige Ministerpräsident empfangen.

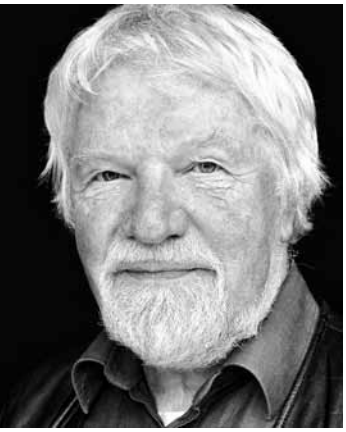
Insgesamt lag ein Hauch Stuttgart über der Alb, weil die bunte Schar der Aktivisten durch kreative und witzige Plakate sowie durch die präsentierte und besungene „Schwäbische Eisebahna" auf ihr Anliegen aufmerksam machen konnte.

Den irr-witzigsten Beitrag jedoch lieferte die CDU auf einem Hinweisplakat, das in ganz Gammertingen an allen Haltestellen der kostenlosen Shuttlebusse angebracht war. Auf ihm wurde nämlich Angela Merkel zur „Budeskanzlerin" degradiert, wobei nicht klar ist, ob ganz Deutschland oder nur Gammertingen als Würstchen-Bude gemeint sein könnte (s. beigefügtes Foto von Albrecht Esche).



In der Mitte angekommen

Von Walter Mossmann, Rede bei der Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen am 19.11.2010, Freiburg



Als mich Claudia Roth zu ihrem Parteitag in meiner Stadt eingeladen hat, habe ich Marianne Fritzen im Wendland gefragt: Was soll ich sagen? Sie hat geantwortet: „Erinnere sie an ihre Wurzeln!“. Ich werde es versuchen.

Zu diesem Zweck greife ich einen Satz auf, den ein Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg am vorletzten Wochenende in irgendein Mikro gesprochen hat.

„Jetzt sind wir in der Mitte der Gesellschaft angekommen“.

Diese Aussage wurde dann wie üblich auf allen Kanälen tagelang wiederholt, und passenderweise trat zur selben Zeit in irgendeiner Talkshow eine Demonstrantin aus Stuttgart auf, die gestand, dass sie, obwohl normalerweise CDU-Wählerin, sich diesmal im Schlossgarten dem Wasserwerfer ausgesetzt habe. Offenbar ein lebendiger Beweis für die These: Jetzt sind wir in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Ich habe mich gefragt: Wo kam sie denn eigentlich her, diese Anti-AKW-Bewegung, dass sie einen derart weiten Weg in die Mitte der Gesellschaft zurücklegen musste?

In meiner Erinnerung k a m nämlich das, was wir „Anti-AKW-Bewegung“ nennen, aus der Mitte der Gesellschaft, und zwar fast zeitgleich in ganz Westeuropa und in den USA. Das war doch die Pointe der Geschichte, dass die regierende CDU in Baden-Württemberg einen Teil ihrer „angestammten“ Clientel an die Bürgerinitiativen verlor und nicht wusste, wie ihr geschah.

Die Organisationsform „Bürgerinitiative“ war zunächst schwer zu begreifen. Politik machen mit nur einem einzigen Thema! Sich organisieren quer zu sämtlichen Parteien, zu den Alterskohorten, zu den sozialen Schichten! Sich wildwuchernd weithin vernetzen, auch über die nationalen Grenzen hinweg! Heute, scheint mir, hat sich das Konzept Bürgerinitiative als ein komplementäres Element in unserer Parteiendemokratie etabliert.

Die Orte der Auseinandersetzung waren zunächst die Dörfer, die sich die Atomindustrie als Standorte ausgesucht hatte. Dort entwickelten die Bürgerinitiativen ihr Konzept der zivilen Verteidigung, oder wie es 1974 in Wyhl wörtlich hieß, den gewaltfreien Widerstand „gegen die Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird“. (In Brokdorf wurde dann zwei Jahre später diese Erste Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung im Wortlaut übernommen).

Was neu war: Auf den besetzten Plätzen in Marckolsheim, Wyhl oder Kaiseraugst trafen sich nicht mehr nur die üblichen Verdächtigen aus der linken Szene, auf die sich Polizei und Justiz längst eingeschossen hatten, vielmehr kamen dort Leute zusammen, die eigentlich gar nicht zusammen gehörten, deshalb ging es ja auch in Wyhl viel lustiger



Man lacht über die Militärdienstverweigerer! Nach meiner Meinung sind sie das allerwertvollste Symptom der Zeit. Es ist schon so weit, dass eine ernsthafte Motion im Gange ist, man solle denen, die aus sittlichen Gründen den Dienst verweigern, Gelegenheit schaffen, ihren Dienst in ziviler Arbeit abzulösen. Vielleicht wird das nicht durchgehen, heut noch nicht, aber kommen wird es absolut sicher, und vielleicht kommt dann auch eine Zeit, wo auf drei Soldaten zehn Zivildiensttuende kommen werden, wo man ganz natürlich das Kriegshandwerk, soweit es noch existiert, den geborenen Raufbolden und Sauhunden überlässt. Aber alles das wäre nie gekommen, wenn nicht zuerst eine Anzahl Menschen den Mut gehabt hätte, einem starken Gefühl zulieb gegen die Allgemeinheit zu protestieren und den Dienst zu verweigern.

Hermann Hesse, aus einem Brief vom 3.1.1917

Dass Friedensarbeit viel Geduld und eine langfristige Perspektive braucht, zeigt eindrücklich der Auszug aus einem Brief von Hermann Hesse aus dem Kriegsjahr 1917. Fast 100 Jahre später wird 2011 in Deutschland die Wehrpflicht faktisch abgeschafft und der Zwang zum Kriegsdienst aufgehoben. Eine Chance auf freiwilligen Friedensdienst.

zu als bei den Parteimeetings der Moskau- oder der Peking-Kommunisten. Im Freundschaftshaus auf dem besetzten Platz in Wyhl trafen Winzergenossen und katholische Landfrauen auf eine Jugendgruppe der IG Metall aus NRW oder auf die Stuttgarter Gewerkschaftsopposition bei Daimler („Plakatgruppe") mit Willi Hoss und Peter Grohmann, es trafen sich evangelische Pfadfinderinnen aus Heidelberg mit bündischen Jungs aus Hamburg und Grauen Panthern aus Westberlin,



es kamen denkende Sozialdemokraten, die sich gerade mit Erhard Eppler gegen den Atompolitiker Helmut Schmidt aufrichteten, es kamen die Religiösen von den Anthroposophen bis zu den Zen-Buddhisten, dazwischen Linkskatholiken, Pfingstler, Basisgemeinden, orthodoxe Russen, reformierte Juden, laizistische Iraner, synchretistische und tolerante Brasilianerinnen, es kamen deutsche Männergesangsvereine, französische Feministinnen, geoutete Schwule, heimliche Heteros, Spontis, Maoisten, Trotzkisten, Anarchisten, Ornithologen, Vegetarier, Verteidiger des SED-Regimes, die absurderweise auf volkseigene Atomkraftwerke vom Typ Tschernobyl setzten, es kamen Leute vom Schwarzwaldverein, von den Vosges Trotter Colmar, von der Skizunft Brend, es kamen Pazifisten, Reserveoffiziere und die Schnapsnasen aus Webers Weinstuben, es kamen alte Leute, die ihre Ideen vom Naturschutz aus der nationalsozialistischen Erziehung mitbrachten, es kamen kritische Architekten, Mediziner, Pädagogen, Journalisten, frustrierte Orchestermusiker, grübelnde Polizisten, und sie trafen auf den Apotheker vom Kaiserstuhl, den Schmied, den Schreiner, die Ärztin, die Chemikerin, den Müller, den Fischereimeister, den Tabakbauer, die Winzerinnen, die Lehrer, die Pfarrer, und sie trafen Werner Mildebrath, den Elektriker aus Sasbach, der schon 1975/76 den Leuten seine Sonnenkollektoren aufs Dach setzte, denn die Bürgerinitiativen arbeiteten schon damals an erneuerbaren Energien, und sie organisierten 1976 die Sonnentage von Sasbach, als die Stuttgarter Regierung noch einfältig und doktrinär an das Perpetuum Mobile namens Atomkraft glaubten. Wenn ich heute die Herren Söder und Röttgen höre, wie sie sich brüsten mit ihrer Revolutionierung der Energieversorgung zugunsten der Erneuerbaren, dann denke ich: Schweigt Ihr doch lieber fein stille und pilgert hinaus nach Sasbach zu Werner Mildebrath und versucht ihm das Bundesverdienstkreuz anzudrehen, vielleicht nimmt er es an.

In der taz las ich dann gestern diesen zauberhaft ahnungslosen Satz: „Wenige Kilometer weiter (von Freiburg aus gesehen), in dem Örtchen Wyhl, einte in den 70er Jahren der Widerstand gegen ein geplantes Atomkraftwerk eine breite Front Bürgerbewegter - einer der Vorläufer der Grünen entstand."

Abgesehen davon, dass das „Örtchen" Wyhl vielleicht etwas zu klein gewesen wäre für die „breite Front Bürgerbewegter", die es damals im Dreyeckland mit einem halben Dutzend Atomanlagen zu tun hatte, mal abgesehen also von dieser eher spitzwegerischen Phantasie der taz - das Wort „Vorläufer" bringt mich auf die Palme. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen als Vorläufer, quasi wie Johannes der Täufer mit dem überlangen Zeigefinger hinweisend auf die eigentliche Verheißung, die Partei Bündnis90/Die Grünen. Derartige Hagiografie ist mir vollkommen zuwider.

Mir scheint, die Bürgerinitiativen waren keine Vorläufer der Grünen, sondern die grünen Parteien in Europa waren eine der zwangsläufigen Folgen der Anti-AKW-Bewegung. Eine Folge unter vielen anderen, denn das Neue Denken, das wir unter der Chiffre „ökologisch" fassen, hat seither in alle Bereiche der Gesellschaft hineingewirkt, selbstverständlich auch in die anderen Parteien, übrigens auch in die Parteibasis der CDU, das musste schon der Vorläufer von Stefan Mappus, der damalige Ministerpräsident Hans Karl Filbinger erleben.

Umso grotesker, wenn heute immer noch die Regierungen in Stuttgart oder Berlin vor die Presse treten und mit dem Untergang des Abendlandes drohen, falls ihre Großprojekte nicht akzeptiert würden. Das Wort „Großprojekt" wird dabei ohne jedes weitere Attribut gebraucht, als ob schon allein die schiere Größe ein Garant für Bedeutung und Nutzen wäre.

Ich gebe zu, Wyhl ist ein vergleichsweise kleines Großprojekt gewesen, aber es war damals ja auch nur ein Mosaikstein, Teil eines wirklich flächendeckenden Groß-Projektes. Hier am Oberrhein sollte ein neues Ruhrgebiet entstehen, basierend auf der unermesslichen Energieproduktion einer „Perlenkette von Atomkraftwerken am Rhein".

1972 brachte der Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums" heraus, und im selben Jahr veröffentlichte der Staatsanzeiger Baden-Württemberg einen Text, der alle technokratischen Tabularasa-Fantasien, die wir bisher kannten, bei weitem übertraf: „… rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muss bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen und Erholung in die Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen."

Selten habe ich eine Technokratenprosa gelesen, die den eigentümlichen Irrsinn dieser Spezies so unverblümt auszudrücken in der Lage war. Ich lese den Text nicht nur als einen gewalttätigen und biedermännisch elitären (die höchste Instanz

sind die „sachverständigen Leute“ - wer wohl?), sondern auch als eine hoffnungslos veralterte Industrie-Vision, schlechtes neunzehntes Jahrhundert, rückwärts gewandte Utopie. Und dann die Stuttgarter Prognose: „Kein Platz mehr für Umweltschutz“ - man schrieb das Jahr 1972!

Die Antwort auf diese Bedrohung war dann die Gründung der Föderation der 21 Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK). Allein in den Jahren 1974 und 1975 stoppte das Netzwerk der Bürgerinitiativen an drei Orten im Dreyeckland den Bau von zwei Atomkraftwerken in Wyhl (D) und Kaiseraugst (CH) und einem Bleichemiewerk in Marckolsheim (F), d.h. drei hochgerüstete Industriestaaten mussten vor diesem neuartigen gewaltfreien Widerstand zurückweichen. Dass das scheinbar Unmögliche möglich ist, das war dann in der Folge die ermutigende Botschaft von Wyhl. Gut, diese Erfolge sind nicht irgendwelchen genialen Strategien zu verdanken, sondern der Gunst der Stunde, will sagen, die Bürgerinitiativen wurden von den Machthabern glücklicherweise vollkommen unterschätzt.

Wohlbemerkt: Auch die Projekte in Wyhl, Marckolsheim und Kaiseraugst waren abgesegnet auf allen politischen und juristischen Ebenen, aber sie wurden dann sang- und klanglos eingestellt, weil sie politisch nicht durchsetzbar waren. Der Rechtstaat kam dabei nicht zu Schaden, die Demokratie auch nicht, ganz im Gegenteil, und sogar die Lichter gingen nicht aus, wie Filbinger prophezeit hatte, stattdessen ging vielen ein Licht auf, aber davon war ja heute schon die Rede.

Zum selben Schluss kam vier Jahre später Ministerpräsident Albrecht in Hannover. Die Plutoniumfabrik WAA sei politisch nicht durchsetzbar. Und nun, noch einmal 30 Jahre später, nachdem herausgekommen ist, dass sich die Betreiber ihre Genehmigung mit allerlei Tricks erschlichen haben, dass die Entscheidung für Gorleben eine politische war und den Gegebenheiten des Kalten Krieges geschuldet, und nachdem wir in der Asse gesehen haben, was die Versicherungen der sachverständigen Leute wert sind, erleben wir, dass eine neue Politiker-Generation wieder einmal die Stirn hat, Sicherheits-Garantien für ein Endlager Gorleben abzugeben - auf unabsehbare Zeit. Wer diesen Garantien glaubt, kann wohl nicht ganz bei Trost sein.

Am vorletzten Wochenende haben viele Medien und alle Politiker der schwarzgelben Koalition die Demonstranten im Wendland nur als Fußtruppen der grünen Parteiprominenz wahrgenommen, weil sie selbst eben nur in den Kategorien von Führern und Verführten denken. Ich meine, nach Euren vielbeachteten Auftritten im Wendland sollte nunmehr von diesem Parteitag ein Signal ausgehen, das als Euer Ziel unzweideutig formuliert: Der Standort Gorleben muss definitiv aufgegeben werden. Dreiunddreißig Jahre sind genug, mehr ist den Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht zuzumuten. Ich höre die richtige Mahnung, man sollte nichts versprechen, was man nicht halten kann. Richtig. Aber man kann auch etwas als Ziel formulieren, und dann wirklich alles dransetzen, dieses Ziel zu erreichen.

Quelle: (c) Walter Mossmann, 2010. Wir veröffentlichen diesen Text mit freundlicher Genehmigung von Walter Mossmann.

System aus den Fugen

Arabischer Aufbruch: Säulen der Stabilität und der Energieversorgung gehen verloren – der Westen muss umdenken

Von Mohssen Massarrat



Die tunesische Revolution hat das System Ben Ali hinweggefegt, die ägyptische Revolution ist im Begriff, nach dem Sturz des Präsidenten das System Mubarak zu beseitigen. Kein Zweifel, die Epoche der uneingeschränkten Herrschaft in der arabischen Welt geht zu Ende. Nach Jahrzehnten klientelistischer Willkürregimes scheinen die arabischen Völker nunmehr entschlossen, ihre Gesellschaften zu demokratisieren. Die Ben Alis, Mubaraks, Bouteflikas, Salehs oder Gaddafis werden bald vergessen sein. Mit ihrem Abgang bekommen nicht nur die westlichen Demokratien – und das ist die Ironie der Geschichte –, sondern auch Israel, die bisher einzige Demokratie im Nahen Osten, ein riesiges Problem.

Nicht ganz ohne Grund übertreffen die Sorgen von Obama, Merkel, Sarkozy, Cameron und Netanjahu wegen des Verlustes an „Stabilität“ bei weitem die Freude über einen demokratischen Aufbruch in den arabischen Staaten. Wir vermissen Mubarak! – diese Schlagzeile der israelischen Zeitung Haaretz bringt die heraufbeschworene Paradoxie auf den Punkt, denn die Tage israelischer Besatzung von Palästina dürften gezählt sein. Ein Blick auf die Geschichte der Einbettung des Nahen Ostens in das von den USA dominierte Hegemonialsystem kann helfen, Hintergründe dieses regionalen Wandels besser zu verstehen.

Im Grunde begann die Epoche der Demokratisierung, der Modernisierung und Selbstbestimmung im Nahen Osten schon 1951 mit der Machtübernahme der ersten demokratisch gewählten Regierung von Mohammad Mossadegh im Iran. Statt in einen Freudentaumel über die Chance zur Verbreitung westlicher Werte im Orient zu verfallen, versuchten die Regierungen Großbritanniens und der USA die Demokratiebewegung im Iran zu zerschlagen. Für diesen kuriosen Gegen-

satz zwischen okzidentaler und orientalischer Demokratie gab es zwei Gründe: Mossadegh wollte über das eigene Öl selbst bestimmen und weigerte sich, Anhängsel des Westens im Kalten Krieg zu sein. Daraufhin wurde iranisches Öl boykottiert, Mossadegh dämonisiert und schließlich durch einen von der CIA gelenkten Militärputsch im Sommer 1953 gestürzt.

Schon damals tauschte der Westen Demokratie gegen Stabilität im Interesse von Energiesicherheit und antisowjetischen Allianzen. Zum einen wurden fortan die Schah-Diktatur und die saudischen Herrscher zu den Hauptsäulen dieser Stabilität erkoren und aufgerüstet. Und zum anderen wurde Israel zum strategischen Brückenkopf inmitten der arabischen Welt. Tatsächlich begann auch die enge Militärkooperation der USA mit Israel erst im Laufe der sechziger Jahre.

Ägypten ersetzte Iran

Als jedoch 1979 das System von Reza Schah Pahlavi durch den Zorn eines gedemütigten und um die Demokratie gebrachten Volkes zusammenbrach, tauschten die USA Iran gegen Ägypten aus, um über einen neuen Stabilitätsanker in der für sie geostrategisch wichtigsten Weltregion zu verfügen. Aus der Achse Teheran-Riad-Tel Aviv wurde die Achse Kairo-Riad-Tel Aviv. Seitdem übernahm Mubarak die Rolle des gestürzten Schahs samt der Militärhilfen, die bis dato Teheran erreicht hatten. Diese neue geostrategische Allianz lebte einerseits von bilateralen Beziehungen zwischen den USA und diesen drei Staaten, andererseits vom Verhältnis zwischen Ägypten und Israel sowie von intensiven Kontakten zwischen Kairo und Riad. Dabei wurde Ägypten zur regionalen Schutzmacht der meisten ebenfalls von den USA abhängigen arabischen Autokratien in Tunesien, Marokko, Jemen und Jordanien.

Dieser Schulterschluss zwischen dem Westen, Israel und den arabischen Diktaturen verschleierte eine Demokratieeindlichkeit, die jetzt zu Ende geht und Konsequenzen hat: zunächst einmal den möglichen Verlust einer Kontrolle des Ölhandels im Nahen Osten. Mit Begriffen wie Stabilität oder Energiesicherheit verschrieb sich der sonst so marktwirtschaftlich orientierte Westen auf dem fossilen Energiemarkt der Region einer Außerkraftsetzung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Statt stark steigender Preise für diese erschöpfbaren Rohstoffe wurde ein moderates Preisniveau durchgesetzt. Doch die Ära politisch-militärisch etablierter Dumpingpreise für Öl und Naturgas geht unwiderruflich zu Ende. China und Indien sind entschlossen, ihren Bedarf bei jedem Preis zu sichern, und haben durch ihren großen Energiehunger auf den Weltenergiemärkten faktisch einen Freihandel herbeigeführt.

Eine weitere Konsequenz: Bislang konnten sich unter dem westlichen Stabilitätsschirm in der arabischen Welt klientelistisch-autoritäre Systeme halten. Jedes Regime konnte nach eigenem Gutdünken und mit westlichem Beistand handeln, solange es die gewünschte Stabilität garantierte. Saddam Hussein wurde im Iran-Irak-Krieg (1980 - 1988) unverhohlen unterstützt und sogar mit chemischen Waffen aufgerüstet, weil sein Gewaltsystem der westlichen Definition von Stabilität in der Region zuträglich war. Er hatte erst ausgesorgt, als er sich 1990 anmaßte, mit dem Einmarsch in Kuweit diese Stabilität zu stören.

Mubarak hingegen wurde zum treuesten Verbündeten des Westens, weil er gegen den Willen der ägyptischen Bevölkerung tat, was man von ihm erwartete. Seine Vorgänger Nasser und Sadat waren gewiss keine Demokraten, aber Helden in den Augen ihrer Landsleute, weil sie die Würde der Araber verteidigten. Mubarak tauschte Selbstachtung gegen jährlich zwei Milliarden Dollar US-Hilfe, um sein System zu finanzieren. Das ägyptische Volk hat gezeigt, dass diese Ära

„Transzendenz bedeutet nicht:
zum Himmel schauen,
an das ewige Leben denken und
über die Probleme der Erde hinweggehen.
Vielmehr handelt es sich um eine Transzendenz,
die dem menschlichen Herzen gilt. Sie bedeutet,
sich auf das Kind, auf den Armen,
auf den in Lumpen Gekleideten,
auf den Kranken einzulassen,
in die Elendshütten und Häuser zu gehen
und mit ihnen allen zu teilen.
Transzendenz bedeutet,
aus der Mitte des Elends
selbst diese Lage zu überschreiten,
den Menschen zu erheben,
ihn voranzubringen und ihm zu sagen:
Du bist kein Abfall.
Du gehörst nicht an den Rand.
Das Gegenteil ist der Fall:
Du hast eine große, große Bedeutung.“

Oscar Romero, 23. September 1979

Am 24. März 1980 wurde Oscar Arnulfo Romero, der Erzbischof von San Salvador, während einer Messe am Altar durch einen von rechtsgerichteten Kreisen beauftragten Killer erschossen. Der streitbare Bischof wurde ermordet, weil er Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in seinen Predigten beim Namen nannte. Weil er den Herrschenden mit seinem Kampf für Gerechtigkeit den Spiegel vorhielt. Weil seine leidenschaftliche Option für die Armen mehr und mehr zum Stachel im Fleisch der Mächtigen wurde. Am Ende wollten sie ihn nicht mehr länger hinnehmen.

ein für allemal zu Ende ist. Die scheinbar festen Säulen der vom Westen gewünschten Stabilität geraten durch die Demokratiebewegungen in Ägypten, Tunesien, Algerien, Bahrain, Jemen oder Libyen aus den Fugen.

Nun soll die ägyptische Armee – von den USA finanziell und strukturell abhängig – der Revolution den Wind aus den Segeln nehmen und durch Konzessionen sowie halbdemokratische Verhältnisse vom westlichen Stabilitätsschirm retten, was zu retten ist. Vor allem soll verhindert werden, dass der revolutionäre Funke aus Ägypten auf Saudi-Arabien und die Scheichtümer am Persischen Golf überspringt. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz rechtfertigte Bundeskanzlerin Angela Merkel scheinheilig die westliche Haltung gegenüber der Demokratiebewegung in der arabischen Welt als „Spannungsverhältnis zwischen unseren Werten und unserem Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität". Sie vergaß zu erwähnen, dass der Westen sich bisher noch immer für Stabilität und gegen die Demokratie entschieden hat. So wie 1953 im Iran auch 1991 nach dem Wahlerfolg der Islamischen Heilsfront (FIS) in Algerien und 2006 nach dem Wahlsieg von Hamas in Palästina.

Schließlich erhielt der Zionismus unter dem Stabilitätsschirm des Westens neuen Auftrieb. Hardliner fühlten sich durch die Rolle Israels als strategischer Brückenkopf und den Pakt mit Mubarak ermutigt, ihre Besatzungspolitik zu forcieren. Israels Frieden mit Ägypten wurde zum Separatfrieden und war dazu angetan, die Palästinenser durch fortgesetzten Siedlungsbau zu vertreiben und einen palästinensischen Staat zu blockieren. Mit dem Sturz Mubaraks ist Israel nun die wichtigste Stütze in der arabischen Welt verloren gegangen.

Allein sinnvoll

Es ist höchste Zeit: Der Westen und Israel müssen endlich einsehen, dass die Fundamente ihres Stabilitätsschirms unwiderruflich erodieren. Wenn sich ein freier Handel mit Öl und Naturgas aus Nahost durchsetzt, ist die Zeit reif für ein Ende des US-dominierten Hegemonialsystems. Dass dann Israel keine Brückenkopffunktion und damit auch die bisherige Unterstützung für seine Besatzungspolitik verliert, ist absehbar.

Barack Obama schien vor seiner Wahl 2008 verstanden zu haben, dass die US-Dominanz weltweit schwindet. Als Präsident änderte er jedoch unter dem Druck der US-Ölkonzerne und des Militärs seine Haltung und orientierte sich an deren kurzfristigen Interessen. Seine Vorstellung vom „geordneten Übergang der Macht" in Kairo läuft darauf hinaus, das Ende der eigenen Dominanz in Nahost so lange wie möglich hinauszuschieben – doch werden sich Sehnsucht nach Frieden und Demokratisierung in der Region kaum mehr aufhalten lassen.

Alle fundamentalistischen Ideologien – der arabische Nationalismus ebenso wie der religiöse Extremismus – haben ihren Zenit überschritten. Dies gilt gleichermaßen für einen zionistischen Fundamentalismus in Israel, das nicht umhin kommen wird, nach einer Koexistenz mit den neuen Demokratiebewegungen sowohl in den arabischen Staaten als auch in der Türkei und im Iran zu suchen.

Demokratie und die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben von Moslems, Christen und Juden in Nahost waren schon immer die einzige sinnvolle Perspektive für eine Region, die ganz zu Recht als Wiege der Zivilisation und Heimstätte aller drei Religionen gilt. Egoistische Interessen westlicher und eigener Eliten sorgten bisher dafür, diese Option zu verschütten.

Mohssen Massarrat ist Politikwissenschaftler und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac
Quelle: der Freitag Nr. 8, 24.02. 2011.
Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Mohssen Massarrat.

Friedenskatechismus

„Wir glauben an den Gott des Friedens" so lautet der Titel für Bausteine zu einem Katechismus.

Pfarrer Dr. Jochen Vollmer hat auf der Grundlage mehrjähriger Diskussionen im Konvent der Beistandspfarrer für Kriegsdienstverweigerer – sie gibt es in jedem Dekanat der evangelischen Landeskirche in Württemberg - eine Sprachhilfe des Glaubens vorgelegt. Die Bausteine sind gegliedert in die klassischen Themenfelder Glaubensbekenntnis, Gottes Gebot, Gebet, Kirche und Bibel. Sie betonen den Glauben an den Gott des Friedens und stellen die Friedenstraditionen der Bibel als das Ziel des biblischen Überlieferungsprozesses heraus. Ein Vorwort steuerte Ulrich Schmitthenner bei.

Das 48-seitige A 5 – Heft ist für 2,50 € zu beziehen über das Pfarramt für Friedensarbeit, Gymnasiumstraße 36, 70174 Stuttgart. Die Publikation ist auch in englischer Sprache erschienen.

S21-Schlichtung: Geradezu ein Verbrechen

Die Schlichtung von Stuttgart ist eine Niederlage von epochaler Bedeutung: Zukunftsfähigkeit wurde verschwendet

Von Ekkehart Krippendorff



Lassen wir beiseite all das viele Positive, das über den Sieg des Demokratischen über die Arroganz des Parteienstaates gesagt und geschrieben wurde. „Stuttgart 21" wird gebaut werden, mit oder ohne oder mit teilweiser Erfüllung aller Auflagen. Der unbestreitbare demokratische Gewinn (wie lange wird er vorhalten?) kann nicht über die Niederlage in der Sache hinwegtäuschen.

Aber diese Niederlage ist größer als der nun freigegebene Bau - es ist eine Niederlage von epochaler Bedeutung. Hier bestand die einmalige Gelegenheit, das parteitaktisch platte Gerede von der „Zukunftsfähigkeit Deutschlands", die sich an diesem Projekt bewähren müsse, ernst zu nehmen: Ja, es ging hier um diese Zukunftsfähigkeit, um eine, so provinziell ein Bahnhofsgebäude auch sein mag, paradigmatische Entscheidung darüber, welche Zukunft die deutsche und die westliche kapitalistische Industriegesellschaft insgesamt will. Diese Frage zu diskutieren, wurde unter Heiner Geißlers weithin gerühmter Schlichtungsstrategie so gut wie völlig unterlassen und erdrückt vom detaillierten Sachverstand der Experten beider Lager. Und die waren sich weitgehend einig, dass ein Abbruch des ganzen Unternehmens bereits aus Kostengründen nicht mehr möglich oder nicht mehr vertretbar sei.

Damit kam aber eines der frühesten Argumente der Gegner unter die Räder, dass nämlich die astronomisch hohen Kosten aufs gesellschaftliche Ganze gesehen an anderen Stellen um ein Vielfaches nützlicher und sinnvoller einzusetzen wären, als in einem unterirdischen Bahnhof und in Minuten-Zeitersparnissen von Gütern und Reisenden.

Eine Gesellschaft, die unter den Bedingungen begrenzter Ressourcen nicht in der Lage ist, selbst Prioritäten für ihre Reproduktion zu setzen, liefert sich zwangsläufig den stärksten Interessengruppen aus, die dann zu ihren Gunsten entscheiden: „Das wollen wir, weil wir es können" - oder umgekehrt: „Das können wir, also wollen wir es." Die Bahn-Manager und -Techniker sind ja keine bösartigen Finsterlinge mit persönlichen materiellen Interessen am Bahnhofsbau (wie wäre es, wenn die Bahn-Herren Kefer & Co und ihre politischen Kollegen in Stuttgart mit ihren Gehältern dafür hafteten, dass die Kostenvoranschläge, mit denen sie sich die Zustimmung zum Projekt sicherten, eingehalten werden?). Man darf sich vielmehr vorstellen, wie sie in ihrem riesigen administrativen Netzwerk sitzen und mit nichts anderem beschäftigt sind, als sich auszudenken, wie sie die Bahn effizienter, profitabler, moderner, letztlich: marktgerechter organisieren können - und da passt dieses Bahnhofsprojekt wunderbar in ihr technizistisches Weltbild.

Sache des Ehrgeizes und Stolzes

Es gegen alle denkbaren und auch die nicht bedachten Widerstände rechtlicher, technischer und/oder geologischer Natur durchzusetzen, wurde für sie eine Sache professionellen Ehrgeizes, vielleicht auch dann persönlichen Stolzes, je stärker der Gegenwind wurde. Eine Sache aber wussten sie und brauchten deshalb den Schlichtungsprozess nicht zu fürchten: Am Ende würde der Bahnhof gebaut, so oder so. Die blumige Rede von der „Augenhöhe", auf der sich Befürworter und Gegner dank des diplomatischen Geschicks Geißlers angeblich getroffen hätten, war reine Augenwischerei. Die Vertreter des S-21-Projekts hatten nicht nur argumentativ 15 Jahre Vorsprung, sie wussten vor allem, dass hinter ihnen die Staatsmacht und das polizeilich gesicherte „Monopol physischer Gewalt" (Max Weber) stand. Deshalb konnten sie es sich leisten, mit ständigem Siegerlächeln sich vergleichsweise ruhig zurückzulehnen.

Aber nicht auf dieser Ebene spielte sich das historisch zu nennende Drama ab. Das wurde geradezu systematisch beschwiegen: eben die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands". Wer, wie die Bundeskanzlerin und mit ihr die politische Klasse, offensichtlich nicht verstanden hat, mit welchen dramatischen Herausforderungen die deutsche Gesellschaft tatsächlich in den kommenden Jahrzehnten fertigwerden muss, der ist unterqualifiziert zur Regierung dieses Landes. Angesichts der Klimakatastrophe, der Umweltzerstörung, der Verknappung von Rohstoffen (von denen Öl ja nur der prominenteste ist), angesichts der zunehmenden Massenarmut, der Massenhungersnot und der Massenarbeitslosigkeit vor und hinter den Grenzzäunen der EU, angesichts der damit verbundenen Ausbreitung endemischer Gewalt, sei es in Gestalt des „Terrorismus", sei es in der Gestalt von Gewalttätigkeit inmitten der „Zivilgesellschaft", aber auch angesichts der beängstigend sich umkehrenden Alterspyramide mit allen Konsequenzen für die Sozialsysteme, und schließlich angesichts von funktionalem Analphabetismus und einem Schulsystem, das Deutsche und Immigranten immer weniger auf die Wirklichkeit vorbereitet - angesichts all dessen ist es geradezu ein Verbrechen politisch-gesellschaftlicher Blindheit, „Stuttgart 21" als vorbildhaftes Signal für eine zukunftsfähige Gesellschaft auszugeben.

Überdimensionierte Großprojekte

In einem supermodernen Bahnhof und ähnlichen überdimensionierten technischen Großprojekten ist die lebensfähigere Zukunft Deutschlands nicht zu verdinglichen. Liegt diese Zukunftsfähigkeit tatsächlich in schnelleren Zugverbindungen? In mehr betonierter Natur? In längeren Tunneln? Auch: In mehr und breiteren Autobahnen? Alles schneller, automatischer, elektronisch statt menschlich gesteuert - soll das die erstrebenswerte Zukunft deutscher Lebensqualität sein?

Und nicht zuletzt auch noch die längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke: Wie kann eine verantwortungsbewusste Regierung so verfahren und die Last atomar vergifteter Umwelt zukünftigen Generationen aufhalsen? Der Abfall soll für 1.000 Jahre sicher sein: Was wäre, wenn ein progressiver Herrscher der frühen Neuzeit, sagen wir Kaiser Friedrich II., solchen Atommüll um 1200 für eine damalige tausendjährige Ewigkeit verbunkert hätte? Unsere Regierungen geben der menschlichen Spezies offensichtlich keine längere Überlebensfrist. Die Filmindustrie, die ja dafür ein waches Gespür hat, produziert gegenwärtig eine eindrucksvolle Vielzahl von wissenschaftlich begründeten Katastrophen- und Weltuntergangsszenarien.

Die Weichenstellung von S 21 weist den Fortschritt in eben diese düstere Zukunft. Den Bahnmanagern kann man es ja nicht übel nehmen, dass in ihrem Modernisierungswahn für so etwas wie alt-ehrwürdige Bäume kein Platz ist, dass ihnen die bescheiden-fundamentale Frage nach dem gesellschaftlichen Kontext und der hohen Priorität ihres Projekts klingt, wie von einem fernen Planeten gestellt: Stuttgart 21 statt Schulen und Kindergärten; Stuttgart 21 statt Investitionen in kulturelle Kreativität; Stuttgart 21 statt Ausbau erneuerbarer Energien; Stuttgart 21 statt ökologische Stadtkonversion; Stuttgart 21 statt würdige Pflegeheime für alle; Stuttgart 21 statt einer Deutschen Bahn als flächendeckendes Dienstleistungsunternehmen.

Nichts als Verachtung

Aber in der kurzsichtigen Machbarkeitsperspektive des Schlichtungsspektakels hatten solche Zukunftsfragen keinen Platz. Das ist die eigentliche Niederlage der Gegner und letztlich aller Bürger, auch wenn das vielen derzeit nicht bewusst sein mag. Die deutschen Regierungsparteien finden es offensichtlich nicht pervers, mit einem Drittel Kinderarmut zu leben und gleichzeitig Milliarden in ein Verkehrsprojekt zu stecken, mit denen für, sagen wir: 50 Jahre dieser gesellschaftliche Schandfleck getilgt werden könnte. Was für ein inspirierendes Zukunftsprojekt könnte das sein! Eine Regierung, die sich für diesen Zustand nicht schämt („Investitionen in Kinder sind Investitionen in unsere Zukunft" - haben nicht die Merkels, von der Leyens und tutti quanti immer wieder so getönt?), und statt dessen einem Stuttgart 21 Vorrang gibt, verdient nichts als Verachtung.



Die Verantwortung für die durch Stuttgart 21 repräsentativ vorgegebene epochale Fehlorientierung liegt bei der politischen Klasse, die sich ohne Not die faustisch blinde Fortschrittsvision der Bahn-Technokraten zu eigen gemacht hat - von den Stuttgarter Gemeinderäten über die baden-württembergischen Landesplaner und Abgeordneten bis hin zur Bundeskanzlerin, ja, auch bis hin zum so gelobten Heiner Geißler. Der muss gewusst haben, was er tat, als er das eindrucksvolle bürgerliche Engagement für eine andere Zukunftsfähigkeit Deutschlands, das idealistische, aber keineswegs weltfremde politische Potential Zehntausender auflaufen ließ und realpolitisch düpierte. Und das soll ein Sieg der Demokratie gewesen sein?

Ekkehart Krippendorff ist emeritierter Politologe in Berlin. Quelle: der FREITAG vom 17.12.2010. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Ekkehart Krippendorff und des Verlags.



Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
(nach tel. Vereinbarung)
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 750 Exemplare

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

aro achimrosenhagen

Revolutionäre Veränderungen treten nicht
plötzlich wie Katastrophen ein –
hoffentlich bleiben wir von solchen verschont –
sondern als endlose Folge von Überraschungen,
die im bewegten Zickzackkurs zu einer
menschenwürdigeren Gesellschaft führen.
Wir müssen keine großartigen Heldentaten vollbringen,
um den Veränderungsprozess in Gang zu setzen.
Kleine Akte des Widerstands,
denen sich Millionen Menschen anschließen,
können in aller Ruhe zu einer Kraft anwachsen,
die keine Regierung unterdrücken kann,
die aber die Welt umgestalten wird.

Auch wenn wir nicht sofort „siegen“,
gibt es uns Freude und Erfüllung,
uns mit anderen guten Menschen
für ein lohnendes Ziel einzusetzen.
Wer auch in schlimmen Zeiten
die Hoffnung nicht aufgibt,
ist kein romantischer Narr.
Er kann sich darauf berufen,
dass die menschliche Geschichte
nicht nur eine Geschichte
des Konkurrenzkampfes und der Grausamkeit ist,
sondern auch die Geschichte der Leidenschaft,
des Opfers, des Mutes und der Güte.

Howard Zinn
(1922 – 2010; Auszug aus
„A Power Governments Cannot Suppress“.
Übersetzung: Wolfgang Jung.)